



Wie kann eine feministische Entwicklungspolitik einen Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Governance leisten?

Empfehlungen für die zukünftige Afrikastrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Veröffentlicht im Juli 2022



Kernherausforderungen

Frauen und Mädchen in ihrer ganzen Vielfalt sowie marginalisierte Gruppen sind in der Verwirklichung ihrer Rechte und Möglichkeiten eingeschränkt. Sie erfahren strukturelle, epistemische und individuelle Gewalt und haben nur begrenzten Zugang zu Ressourcen, Dienstleistungen und Entscheidungsprozessen. Die verschiedenen Formen der Unterdrückung und Diskriminierung aufgrund von Kategorien wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Klasse, ethnischer Zugehörigkeit oder Behinderung sind dabei miteinander verwoben und verstärken sich. Historisch gewachsene Machtstrukturen (z.B. Patriarchat, Kolonialismus, Rassismus) sind strukturelle Ursachen für Ungleichheit und Mehrfachdiskriminierung (Intersektionalität) im globalen System, auf regionaler, nationaler, kommunaler, familiärer und individueller Ebene.

Hintergrund/Entwicklungspolitische Einordnung

Feministische Ansätze setzen an den bestehenden Machtstrukturen an und machen die verschiedenen Formen und Wechselwirkungen der Unterdrückung von Frauen und marginalisierten Gruppen sichtbar.

Historisch gewachsene Machtstrukturen und Normen führen dazu, dass Frauen und marginalisierte Gruppen bei der Verwirklichung ihrer Menschenrechte auf Gesundheit, Bildung und Teilhabe auf Hindernisse stoßen und stärker von Armut, Klimawandel, Krisen und wirtschaftlicher Unsicherheit sowie geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) betroffen sind.

Im afrikanischen Kontext ist es wichtig, die Kolonialgeschichte und ihre bestehenden Dynamiken und ausbeuterischen systemischen Praktiken zu berücksichtigen, die bestimmten Körpern, Identitäten, Geschlechtern und Kulturen ihr Wissen und ihre Erfahrungen vorenthalten und sie zum Schweigen bringen (epistemische Gewalt). Bei der Formulierung einer feministischen Entwicklungspolitik muss daher unbedingt ein Ansatz verfolgt werden, der sensibel auf die koloniale Geschichte in Afrika eingeht, indem die Einbeziehung der lokalen Zivilgesellschaft und der Diaspora-Akteure sichergestellt wird, die ein tiefes und differenziertes Verständnis der Realitäten sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden haben.

Diese feministische Entwicklungspolitik muss auf der Gleichstellung der Geschlechter, auf einer stärkeren weiblichen Führung und auf vielfältigen Stimmen beruhen, die die vorherrschende soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Realität widerspiegeln.



Hawa Adbalnabi, 31, Sudan: „Es ist so wichtig, Frauen dabei zu unterstützen, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen und sich Gehör zu verschaffen. Das kommt nicht nur einzelnen Frauen wie mir zugute, sondern hat auch einen nachhaltigen Einfluss auf unsere Gemeinschaften.“ CARE/Ala Kheir

Wesentliche Lösungsansätze, die eine neue Afrikastrategie liefern sollte



Binitie Adem, Mitglied einer Kleinspargruppe in Äthiopien. CARE/Terhas Berhej

Feministische Außen- und Entwicklungspolitik ist intersektional, transformativ und menschenrechtsbasiert, sie erkennt Machtungleichheiten an und will sie verändern

- **Transformativer Ansatz:** Strukturelle Ungleichheiten und die zugrundeliegenden schädlichen/negativen Normen und historisch gewachsenen Machtstrukturen (z.B. patriarchale, koloniale und rassistische Strukturen) in und durch Programme und Projekte auf allen Ebenen und in allen Sektoren, in Dialogen und Prozessen mit allen Akteuren angehen.
- **Postkolonialer Ansatz:** Anerkennung und Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit und den daraus resultierenden strukturellen Machtungleichgewichten in ihren Auswirkungen auf die gegenwärtigen Entwicklungsstrukturen, d.h. durch signifikante Beteiligung afrikanischer Partner und Diaspora-Akteure, einschließlich der Zivilgesellschaft, an allen Prozessen.
- **Intersektionale Perspektive:** Analyse und Auseinandersetzung mit vielfältigen und sich verstärkenden Formen von Diskriminierung und Unterdrückungssystemen.
- **Menschenrechtsbasierter Ansatz:** Durchsetzung der Menschenrechte für alle, indem die Rechtsträger:innen gestärkt und die Träger:innen von Rechtspflichten zur Verantwortung gezogen werden.

- **Leave no one behind und Do no Harm:** Die Auswirkungen von Entwicklungspolitik, Projekten und Partnerschaften auf alle Menschen berücksichtigen und kritisch über die unbeabsichtigten negativen Folgen des eigenen Handelns reflektieren.

Gleichberechtigung braucht Rechte, Bildung, Gesundheit, Ressourcen und Jugend

- **Fokus auf Rechte:** Verstärkte Unterstützung von Projekten, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die strukturellen Ursachen von Ungleichheit angehen, mit Schwerpunkt auf dem Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit / sexuellen und reproduktiven Rechten und einer klaren Positionierung und Verteidigung dieser; Zugang zu und Recht auf Ressourcen; Maßnahmen zur Bekämpfung struktureller und geschlechtsspezifischer Gewalt.
- **Bildung und Jugend:** Weitere Investitionen in integrative und diskriminierungsfreie Bildung mit Schwerpunkt auf der Gleichstellung der Geschlechter und der Förderung der substanziellen Beteiligung von Jugendlichen, einschließlich umfassender Sexualaufklärung in Schulen.
- **Gesundheitssektor:** Stärkung von Projekten mit Schwerpunkt Gesundheit, insbesondere sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte und Ernährung, um stabile, nichtdiskriminierende und nachhaltige Gesundheitsstrukturen zu schaffen, speziell in abgelegenen ländlichen Gebieten.



Aminata Kalokoh, leitende Krankenschwester, und Maria Fonah, Vorsitzende des Ausschusses für die Verwaltung der Einrichtung, Sierra Leone. CARE/Shantelle Spencer

- **Zugang zu Ressourcen und Förderung der sozialen Aufstiegsmobilität:** Förderung des Zugangs von Frauen und marginalisierten Gruppen zu sozialen und finanziellen Ressourcen, wie z. B. dem formellen Arbeitsmarkt. Nachhaltige Überwindung struktureller Ungleichheit und schädlicher Normen durch die Schaffung von Möglichkeiten und die Verbesserung des sozialen Status.

Anerkennung marginalisierter Stimmen: Frauen, Aktivistinnen, Basisbewegungen, Diaspora haben ein Recht auf einen Platz am Tisch

- **Förderung der substanziellen Beteiligung** betroffener Frauen und Mädchen in ihrer ganzen Vielfalt und marginalisierter Gruppen an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen auf allen Ebenen, in allen Foren und in allen Politikbereichen. Dazu gehören der Aufbau von Kapazitäten sowie die Übertragung von Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen und Führungspositionen an sie, die Anhörung ihres Fachwissens und die Zusammenarbeit mit ihnen.
- **Stärkere Fokussierung auf die Sichtbarmachung, Integration und Förderung des Engagements von Diaspora-Akteuren und -Organisationen**, damit sie ihr Potenzial, das in ihren transnationalen Identitäten, Verbindungen und Netzwerken in ihren Herkunfts- und Zielländern verwurzelt ist, freisetzen können.
- **Anerkennung der Perspektiven und des Fachwissens von Frauen und marginalisierten Personen**, um die Dominanz hegemonialer Ideologien und patriarchalischer Strukturen zu brechen und epistemische Gewalt zu beseitigen.

Wandel kann nicht in Silos erreicht werden

- **Stärkung des Multilateralismus:** Anerkennen, dass Unternehmungen, die auf die Stärkung von Frauen und Randgruppen abzielen, über nationale und internationale Grenzen hinausgehen und globale Prozesse und kollektive Zusammenarbeit erfordern, die von multilateralen Foren bereitgestellt werden. Dazu gehört auch die Fortführung, konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung internationaler
- **Kohärente Ansätze und strategische Abstimmung mit anderen Ressorts:** Zivile Konfliktbearbeitung und -prävention, einschließlich der Bekämpfung von Geschlechterungleichheit und Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Mädchen, in den Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Debatten und der Finanzierung stellen. Dazu gehört auch ein kohärentes Überdenken des Sicherheitsbegriffs mit Schwerpunkt auf menschliche Sicherheit.



Melba Mugala, Dorfladenbesitzerin, Sambia. CARE/ Gary Nicol

Vereinbarungen wie der Erklärung von Peking oder der Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit einschließlich der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.



Weibliche Führungskräfte bei einem Workshop in Uganda. CARE/Tara Agaba

Autorinnen: Carla Dietzel, CARE Deutschland e.V., Esther Philips, BEA e.V.

Diese Empfehlungen wurden im Rahmen des Konsultationsprozesses 2022 zur neuen Afrikastrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit der Zivilgesellschaft entwickelt. Sie bildeten die Grundlage für die Podiumsdiskussion zur feministischen Entwicklungspolitik in der neuen Afrikastrategie auf dem Tag der Zivilgesellschaft am 4. Juli 2022 und wurden dem Ministerium überreicht.

Für die Erstellung dieser Empfehlungen haben die Autorinnen Rückmeldungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeholt, die an den Diskussionen des Gesprächskreises Afrika im Mai 2022 teilgenommen haben. Besonderer Dank gilt den folgenden Organisationen, die zu den Positionen des Konzepts beigetragen haben: Advocacy Accelerator | Afrikanisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft e.V. (A.D.A.G.E.) | ENTRE NOUS COOP – CA | KASA | NARUD e.V. | Réseau des Femmes Alumnae Yali (RFAY) | Rural Women Assembly (RWA) Malawi | Urgent Action Fund Africa | YWCA South Sudan.

Das Feedback der genannten Organisationen wurde von den Autorinnen eingearbeitet, aber nicht alle Positionen werden notwendigerweise von allen Organisationen unterstützt.

Die Frau, die auf dem Titelbild spricht, ist Fatouma Mounkailla. Sie lebt in einem Dorf in Niger. CARE/Josh Estey

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung:

Carla Dietzel
CARE Deutschland e.V.
dietzel@care.de

Esther Philips
BEA e.V.
e.philips@bea-ev.org